



LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/4635
VORLAGE

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses Arbeit, Soziales, Pflege
und Transformation
Herrn Michael Hüttner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

6. Oktober 2023

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	--	---------------------------------------

**20. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation
am 5. September 2023
hier: TOP 11**

**Junge Pflege in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/4380**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

in der 20. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 5. September 2023 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Bereits in der 11. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 7. Oktober 2022 habe ich zur Versorgungslage beziehungsweise zu adäquaten Wohnangeboten von Menschen unter 60 Jahren mit hohem grundpflegerischen Bedarf berichtet. Ich verweise daher auf meine grundsätzlichen Anmerkungen zu der Thematik, die Ihnen auch schriftlich, verteilt als Vorlage 18/2706 und 18/2727, vorliegen.

Ich habe mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass das Angebot „Junge Pflege“ im Seniorendorf Stegelchen im Frühjahr dieses Jahres eingestellt wurde. Es liegt jedoch in der Entscheidung des Betreibers, ob ein Angebot aufrecht erhalten bleibt; das Land hat darauf keinen Einfluss.



In diesem Fall waren die Gründe des Betreibers vielschichtig; letztendlich konnte die mit der Beratungs- und Prüfbehörde abgestimmte Konzeption nicht umgesetzt werden. Neben dem im Moment überall spürbaren Fachkräftemangel, wurde der Schritt seitens des Geschäftsführers auch damit erklärt, dass die Unterstützungsbedarfe der jüngeren Menschen zu spezifisch aus dem Bereich Eingliederungshilfe waren.

Der Betreiber hat sich daher entschieden, die Plätze als übliche stationäre Wohnheimplätze im Sinne des Elften Buches Sozialgesetzbuch zu überführen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner wurden im „klassischen“ Pflegebereich des Hauses Wohnangebote gemacht. Einige Bewohnerinnen und Bewohner sind zwischenzeitlich ausgezogen, weil sie alternative Wohnangebote gefunden haben.

Tatsächlich wird an dieser Stelle deutlich, dass, wie ich im vergangenen Jahr dargelegt habe, ein „klassisches“ stationäres Angebot „Junge Pflege“ im Bereich des Elften Buches Sozialgesetzbuch wohl eher nicht den Zielen und Vorgaben der UN-Behindertenrechts-Konvention entspricht.

Erfreulicherweise sind in diesem Jahr neue Wohnangebote in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und gegebenenfalls pflegerischen Bedarf hinzugekommen. Wir hätten diese Unterstützungsangebote zweifelsfrei gut zusätzlich in unseren Angebotsstrukturen gebrauchen können. Aber es zeigt auf, dass es gelingt, neue Unterstützungsangebote auch für Menschen zu generieren, die Unterstützung im pflegerischen Bereich und bei der sozialen Teilhabe brauchen.

Zur weiteren Sicherstellung von Unterstützungsangeboten in der Eingliederungshilfe haben wir dieses Jahr begonnen, so genannte Regionalkonferenzen und im ersten Schritt Arbeitstreffen mit den Kommunalverwaltungen zu implementieren.

Ziel ist es, mit den Akteuren in den Regionen ins Gespräch zu kommen, die strukturellen Bedarfe in der Eingliederungshilfe in den Blick zu nehmen, fehlende Angebote zu erkennen und Strukturen aufzubauen. Ein wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt werden dabei Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen und gleichzeitig bestehenden Pflegebedarf sein.



Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Monaten als Ergebnis der Arbeitstreffen mit den Kommunen ein sehr konkretes Bild erhalten werden, an welchen Standorten in Rheinland-Pfalz mit welchen Platzzahlen Angebote für jüngere Menschen mit Pflegebedarf geschaffen werden müssen.

Idealerweise sehe ich die Möglichkeit, kleinteilige, im Gemeinwesen verortete Wohngemeinschaften zu etablieren, die sinnvollerweise das Leistungsspektrum der Pflege als auch das der Eingliederungshilfe individuell und personenzentriert vorhalten.

Ist ein solcher Bedarf valide festgestellt, werden wir im Rahmen vorgegebener Abstimmungsprozesse mit etablierten Trägern und Leistungserbringern entsprechende Umsetzungsschritte vereinbaren.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer